

Bezugspreise:

Im Falle monatlich bei zweimaliger
Anzahlung 3.00 Mark, vierteljährlich
8.00 Mark, durch die Post 7.50 Mark
auswärts, Postzusatzgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
allg. Zeitungsverzeichnis unter
Eisenbahnzeitung eingetragen. Für
Anzeigen eingegangene Anwen-
dungen sind keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Eisenbahnzeitung. Eisenbahnzeitung
gegründet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1143
u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1134

Morgen-Ausgabe.

Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigepreise:

Die 8 Spalten 34 mm breite
Millimeterzeile oder deren Raum
20 Pf. und Kolumnen die 22 mm
breite Millimeterzeile 40 Pf. An-
zeigen nehmen an unserer Ge-
schäftsstelle in der Eisenbahn-
zeitung. Erfüllungsort: Halle.
Ersteinsicht täglich 2 mal, Son-
tags und Abends 1 mal.
Schließung um 11 Uhr. Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Brau-
ereistraße 13, Gr. Brauhausstr. 17.
Leben- u. Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 22 und Markt 24.
Verkaufsstelle Leipzig Nr. 4000

Nr. 49.

Halle, Freitag, den 30. Januar 1920.

Einzelpreis 10 Pfg.

Der gefährdete Eisenbahnbetrieb.

Minister Heine über die Vorgänge vor dem Reichstag. — Minister Oeser über den Eisenbahnjammer. Leichtes Steigen der Markvaluta.

Vor der Wiedereröffnung der Eisenbahnwerkstätten.

Berlin, 29. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Die im Eisenbahnministerium von den geschlossenen Eisenbahnwerkstätten eingelassenen Meldungen lassen die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß der Betrieb zu dem von der Regierung gestellten Bedingungen, das heißt mit Wiedereröffnung der Arbeit, wieder aufgenommen werden kann. Die Stimmung ist allenthalben ruhig, sogar in Gotha, der Heimat des Putschismus. Die Arbeitermeldungen sind an einigen Orten schon gestern erheblich gewesen, besonders von alten Arbeitern, die schon vor dem Kriege in den Werkstätten gearbeitet haben.

Berlin, 29. Jan. (Drahtnachricht.) Bisher haben sich zur Arbeitsöffnung in den Eisenbahnwerkstätten unter den neuen Arbeitsbedingungen gemeldet: Bei den Werkstätten Berlin I über 2000, Berlin II über 800, Frankfurt a. M. 2000, Aachen 950, Breslau II 1193, Breslau Nord 208, Sebnitz 459, Starobrod 388, Salzb. 550, darunter 100 Arbeiter, die bisher nicht in Eisenbahnwerkstätten beschäftigt waren. Aus den anderen Bezirken liegen noch keine Nachrichten vor.

Erhöhung der Postgebühren nach dem Auslande.

Berlin, 29. Jan. (Drahtnachricht.) Damit die Schiffsrechnungen mit den Postgebühren an die ausländischen Postämter annehmend in Einklang kommen, hat sich die Postverwaltung entschlossen, die Gebühren für Wertpakete, Wertbriefe, sowie Rückkäufe mit Wertangabe nach dem Auslande beträchtlich zu erhöhen. Für jeden Franken internationaler Schiffern sollen 2.10 Pf. an 8 Mark zu zahlen werden. Die Postämter werden über die Höhe der Gebühren nach den einzelnen Ländern Auskunft geben.

Zur Erhöhung der Personaltarife.

Berlin, 29. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Über die Erhöhung des Personaltarifs sind anerkanntermaßen Beschlüsse, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hört, noch nicht gefaßt worden. Doch scheint man in einzelnen Kreisen des Reiches auch hier mit einer Verhappelnung der Gehälter der Beamten. Die für die Erhöhung maßgeblichen Gründe sind die gleichen wie bei den Güllertarifen.

Steigen des Marktkurses im Auslande.

Berlin, 29. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Die an der Börse eingegangenen Nachrichten weisen einen Erhöhung des Marktkurses. So wurde heute die Mark in Zürich mit 7, in Amsterdam mit 8 notiert.

Verbot des Handels mit Markstücken.

Mainz, 29. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Die französischen und englischen Militärbehörden haben den freien Handel mit Gold- und Silber im besetzten Gebiet verboten. Auch die offene Ausfuhr von Gold und Silber in das Gebiet ist untersagt.

Ablehnung der Auslieferungsnote?

Rotterdam, 29. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die holländischen Blätter aus London melden, wird die deutsche Note, in der der Verband erklärt wird, von seiner Forderung der Auslieferung der am 1. März aus dem Verlangen abzuweichen, in Ablehnung der Forderung von der holländischen Regierung beantwortet werden, die den Verlangen vertritt, daß die Auslieferungsparagrafen einer Erklärung des Friedensabkommens bilden und nicht innewgehalten werden müssen.

Die Schantungfrage.

Sankt, 29. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Peking wird über London gemeldet: Das chinesische Kabinett hat beschlossen, nicht in Verhandlungen mit Japan über die Rückgabe von Schantung einzutreten, weil durch eine solche Verhandlung ein Verstoß gegen ein Einverständnis mit dem Verfall der Friedensverträge zu sein würde.

Heimkehrer aus Japan.

Berlin, 29. Jan. (Drahtnachricht.) Die Reichsregierung hat die Rückkehr von Japan heimkehrenden Soldaten mit der Heimkehrerfrage der deutschen Soldaten zu tun.

Japan schreitet planmäßig vorwärts. Drei Dampfer befinden sich bereits unterwegs, der vierte, „Kudon-Maru“, verläßt Japan dieser Tage. Außer dem ursprünglich in Aussicht genommenen vier Dampfern sind zwei weitere Dampfer „Kane-Maru“ und „Kameki-Maru“ für den Abtransport der deutschen Gefangenen geschifft worden. Auf diesen beiden Dampfern werden auch die Familien der Gefangenen mitgeführt. Die „Kane-Maru“ wird Japan in der ersten Hälfte des Februar verlassen, die „Kameki-Maru“ Ende Februar.

Admiral Kenter freigelassen.

WTB. London, 29. Jan. Janas. Wie der „Globe“ meldet, ist Admiral von Kenter freigelassen worden und befindet sich bereits auf dem Wege nach Deutschland.

Eindernung von Elb-Lothringern.

Paris, 29. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Auf Grund einer Vereinbarung hat der französische Kriegskommissar die Jahresklasse 1919 in Elb-Lothringen einberufen. Die Ausübungszeit der Rekruten wird nun bis 15. April dauern, mit ihr ist ein Unterricht in der französischen Sprache verbunden.

Präsident Wilsons Angebot.

WTB. Amsterdam, 29. Jan. (Drahtnachricht.) Laut „Telegraph“ meldet die „Times“ aus Washington, daß Präsident Wilson im Kongreß darauf gedrungen hat, die Maßnahmen zur Erleichterung der Lebensmittelpreise in Europa zu beschleunigen.

Wilson reht nach Kalifornien.

WTB. Haag, 29. Jan. Der „Nieuwe Courant“ meldet aus Washington, daß Präsident Wilson sich zur Wiederherstellung seiner Gesundheit zu längerem Aufenthalt nach Kalifornien begeben und wahrscheinlich eine Zeitlang in San Diego wohnen wird.

Noch kein Weg gefunden.

WTB. Amsterdam, 29. Jan. Dem „Telegraaf“ wird aus Washington gemeldet: In einer kürzlichigen Sitzung von Senatoren beider Richtungen wurde erklärt, daß noch kein Weg gefunden worden ist, der zur Klaffierung des Friedensvertrages führe. Senator Hitchcock erklärte, daß falls kein Ausweg gefunden werde, er den Kampf in den Senat tragen werde.

Rücktritt des amerikanischen Botschafters in Mexiko.

WTB. Washington, 29. Jan. Reuters. Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Mexiko, ist zurückgetreten.

Ausfuhrverbot für Steinschale aus Amerika.

WTB. Rotterdam, 29. Jan. Der „Nieuwe Rotterdammer“ meldet, daß die Ausfuhr von Steinschale aus den Vereinigten Staaten verboten worden ist.

Erfolge der Polshewiken im Osten.

WTB. Amsterdam, 29. Jan. (Drahtnachricht.) Die Polshewiken haben die Stadt Wilno trotz der Anwesenheit von 500 Japanern und 1000 Chinesen besetzt. Plagowitschenski befindet sich in den Händen der Revolutionäre.

Gold aus Gewisetransland.

WTB. Amsterdam, 29. Jan. „Telegraaf“ meldet aus London, daß ein drahtloses Telegramm aus Moskau zufolge die Gewisetransland bereit ist, im Austausch gegen vom Auslande zu beschaffende Artikel eine Summe Geldes zu bezahlen, sowie Konzessionen zu erteilen.

Der Medelhische Gesandte für Berlin.

WTB. Rom, 29. Jan. „L'Espresso“ erzählt über die Befehle vom Papst des auswärtigen Dienstes der Republik unter anderem, daß der Berliner Gesandtschaft der Legationstaktik übergestellt wird. Der bisherige Vertreter in Wien, Dr. Hildebrand, wurde zum Gesandtschaftsrat in Berlin ernannt. Zum Generalsekretär in Hamburg ist Ingenieur Bozzola bestimmt.

Erzbergers Stand.

WTB. Berlin, 29. Jan. Der Zustand des Reichstagspräsidenten Erzberger ist im großen und ganzen unbeeinträchtigt. Der Zustand hat die Nacht nachts nicht merklich verändert, ist aber sehr ernst. Innerhalb der nächsten Woche wird beachtlich vorwärtig sein heute abend zu erwarten werden.

Die neue Beamtenbefehlungsverlage.

Von D. L. U. S., Mitglied der Nationalversammlung.

In den letzten Tagen sind in den Tageszeitungen die Grundlinien für die am 1. April in Aussicht genommene Neuordnung der Beauftragung der Beamten veröffentlicht worden. Man wird diesem Vorhaben der Regierung nur zustimmen können. In weiten Kreisen der Beamten hatte sich zu Unrecht der Glaube verbreitet, als wenn nicht ernstlich an der Neuordnung gearbeitet würde. Der aktiv an den Vorbereitungen beteiligt war, weiß, wie eifrig und sorgfältig von der Regierung vorgegangen wurde. Eine Reihe von Sitzungen zwischen Vertretern der Regierung und des Beamtenbundes gingen voraus, ihnen folgten Besprechungen mit den Bevollmächtigten der Länder und den Vertretern der einzelnen Fraktionen der Nationalversammlung. Es galt von vornherein eine weitgehende Übereinstimmung zu erzielen. Nach den Bestimmungen der Neuordnung ist das Reich, die Reichsämter für die Beauftragung der Beamten auch in den Einzelstaaten festzusetzen. Von dieser Bestimmung muß jetzt Gebrauch gemacht werden. Die vielen Unterchiede in der Beauftragung waren ein Krebsgeschwür, sie haben jetzt, wo wir immer mehr zum Einheitsstaat gelangen, erst recht keine Berechtigung mehr. Eine Gleichheit bezüglich der Beauftragung und schafft ein einheitliches leitungsfähiges Beamtenamt. Bedauerlich bleibt nur, daß die Regierung das Energie, welches im hohen Grade angebracht war, die Einheitslichkeit in der Beauftragung herbeizuführen, unter dem Drucke einzelner Länder zurückgegeben hat. Dadurch werden natürlich die wieder erhebliche Unterchiede zwischen Reich und Gemeinwesen hervorgerufen. Und die Unklarheiten, die sich gerade jetzt vermeiden werden.

Was die Grundzüge anbetrifft, so ergibt sich eine weitgehende Übereinstimmung mit den Wünschen der Beamten. Der Gedanke der reinen Alimentationstheorie ist trotz der eifrigen Propaganda der Bevölkerungspolitiker verworfen worden. Noch am 16. Dezember vorigen Jahres sollte der 10. Ausschuss der Reichsregierung nicht richtig gehandelt, daß sie solchen Erörterungen nicht nachgab. Schließlich mußte sie doch Rücksicht auf die Beamten selbst nehmen, die fast einmütig dieses Vorgehen ablehnten. Am allgemeinen wird die Leistung als Maßstab des Beamtengehältes auch weiter zu gelten haben. Hier ist eine wesentliche Verbesserung insofern erzielt worden, als künftig nicht ein halber oder ein noch geringerer Prozentsatz des Höchstgehältes als Anfangsgehalt festgesetzt wird, sondern durchweg zwei Drittel. Die Aufnahmskriterien, die bisher 12, 15, 18, 21, 24 und bei den Lehrern bis zu 31 Jahren betragen, sind bedeutend günstiger geworden. Sie sollen jetzt auf 8, 12, 14, 16 und 18 Jahre festgesetzt werden. Es man für die Lehrer ein höheres Aufnahmsalter festsetzt, ist noch nicht bekannt. Die Dienstaltersstufen, welche früher von drei zu drei Jahren vorgelesen waren, sind auf zwei Jahre herabgesetzt worden. Es wird zu unterrichten sein, die Aufnahms- und Dienstaltersstufen nicht noch zu verbessern sind. Ebenso liegt die Frage nahe, ob nicht zumunten des Anfangsgehältes Berücksichtigung im Gehalt möglich ist.

Neben dem Gehalt sollen an Stelle des Wohnungsgehalts des Ortsanlages gegeben werden. Die Höhe steht nur für Berlin und einige Großstädte fest, sie beträgt für untere 2000, mittlere 3000 und höhere Beamte 4000 M. Gebildet sind fünf Drückstellen. Diese Zahl erscheint mir zu hoch. Man wird ruhig auf drei herabgehen können. Die Ortsanlagen selbst können aber große Gefahren in sich. Die Befreiung kann nicht immer erreicht werden. Ramentisch für die meisten Drückstellen sind gewisse Penaltstellen nicht zu betrachten. Hier muß noch einem Ausgleich gesucht werden. Vielleicht empfiehlt es sich, nur die Wohnungsstellen als ausgleichende Maßstab anzunehmen, da Unterchiede in den Steuerverhältnissen z. B. nach dem Infrastruktur des Reichsbeamtenunternehmers nicht mehr in die Erörterung treten. Auch über die Unterchiede in den Beiträgen für die einzelnen Beamtengruppen wird man nicht ganz leicht hinwegkommen. Zu wenig scheint mir dabei das wirtschaftliche Wohlstand des Beamten zu sein. Ein unzureichender oder unzureichender Beamter hat ein geringeres Wohlstand als ein mit vielen Kindern arbeitender. Deshalb ist es wohl geboten, herauszufinden, ob ein unterer Beamter mit vierer Familie 2000 M. Gehalt, einem solchen höheren Beamten aber 4000 M. zu bewilligen. So wie ich beim eigentlichen Gehalt des

Hockey.

Zu dem Eishockey-Wettbewerb... Zu dem Eishockey-Wettbewerb...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Zur Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft in Brotgetreide.

Von Oswald Hellmuth, Halle.

Von fast allen Parteien, Interessengruppen des Handels,...

Mit Aufhebung der Zwangswirtschaft in Brotgetreide, wäre...

Wahlentscheidungsmaß.

Berlin, 29. Januar. Der weitere Abgang der Preise für...

Berlin, 29. Jan. Die in Einheitskursen gehandelten...

Devisenkurse.

Berlin, 29. Januar.

Table with exchange rates for various currencies including New York, London, and others.

Probenentwurf.

Berlin, 29. Januar. Am Samstag letzte sich die Preis-

Weitere Preisänderung für Weizenbrot. Das Kaiser-

Abhang des Verkaufs der Weizenbrot-Oberflächen...

Reaktionserwartung der Bayerischen Brauerei in Berlin.

Kaiserliche Weizenreise. Die Verwaltung beruft eine außer-

Stettiner Weizenreise. U.S. in Stettin. Unter dieser

Die Verwaltung der Brauerei, Stritus, und Weizen-

Berliner Weizenbrotfabrik... Die Weizenbrotfabrik...

Städtische und Provinzial-Weizenbrotfabrik...

Die Weizenbrotfabrik... Die Weizenbrotfabrik...

Continental-Telegraphen-Gesellschaft...

Die Deutsche Hypothekbank in Weimern...

Berliner Börse.

vom 29. Januar 1920.

Large table of stock market data including various sectors like Deutsche Werte, Eisenbahn-Aktionen, and Industriell-Aktionen.

Leipziger Börse. Leipzig, den 29. Januar 1920.

Berlin, 29. Januar. Der weitere Abgang der Preise...